Landesausschuss für Berufsbildung
der Freien Hansestadt Bremen

6. Juli 2022
Carmen Runge
☎ 361 – 1 02 89

Protokoll
der elften Sitzung des Landesausschusses für Berufsbildung (LAB) in der 13. Amtsperiode am 12. Mai 2022

Beginn:	14:30 Uhr
Ende:	17:00 Uhr
Ort:	ATLANTIC Hotel Sail City (Am Strom 1, 27568 Bremerhaven)
Teilnehmende:	s. Anlage 1

TOP 1: Begrüßung

Daniela Teppich heißt die Anwesenden willkommen. Sie informiert, dass sie heute die Sitzungsleitung übernehme, da Michael Zeimet kurzfristig nicht an der Präsenzsitzung teilnehmen könne. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Sie dankt Tim Oberdieck herzlich, dass der LAB im ATLANTIC Hotel Sail City tagen dürfe, und bedankt sich ausdrücklich für die umfangreiche Bewirtung.

Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP 2: Abstimmung des Protokolls der zehnten Sitzung vom 22. Februar 2022

Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig angenommen.

TOP 3: Ausbildung im Hotel- und Gaststättenbereich im ATLANTIC Hotel Sail City (Best-Practice-Beispiel)

Tim Oberdieck stellt kurz die Situation im Hotel- und Gaststättenbereich dar. Er weist darauf hin, dass sich die Personalprobleme durch die Pandemie noch einmal verschärft hätten und zu Engpässen in allen Bereichen führten. Die Zahl der Beschäftigten, insbesondere bei den geringfügig Beschäftigten, sei stark rückläufig. Viele hätten sich neu orientiert und Beschäftigungsmöglichkeiten in anderen Branchen gefunden, wo sich ihnen in Bezug auf Gehalt und

Arbeitszeiten andere Bedingungen geboten hätten. Verstärkt werde der Personalmangel dadurch, dass die Zahl der neu registrierten Ausbildungsverhältnisse ebenfalls zurückgegangen sei.
Insgesamt habe die Hotel- und Gaststättenbranche mit Imageproblemen, aber auch mit wachsenden Herausforderungen zu kämpfen. Anhaltende Preissteigerungen und die Frage, wie sich Dienstleitungen zukünftig entwickeln würden, seien Aspekte, denen die Branche begegnen müsse. Das ATLANTIC Hotel Sail City habe bereits im Jahr 2013 erkannt, dass auch die persönlichen Kompetenzen der Mitarbeitenden gestärkt werden müssten, und habe das sog. „smile training“ ins Leben gerufen. Durch das „smile traiing“ werde einerseits das Team-Miteinander der Mitarbeiter:innen im Sail City Hotel gestärkt, andererseits trage es zur individuellen Stärkung der persönlichen Kernkompetenzen jeder Nachwuchskraft bei und sorge dafür, dass kein:e Auszubildende:r die Lehre vorzeitig abbreche. Tim Oberdieck stellt weitere Maßnahmen vor, die im ATLANTIC Hotel Sail City unter dem Stichwort „soziale Nachhaltigkeit“ umgesetzt werden (s. Anlage 2).
Er informiert abschließend, dass das ATLANTIC Hotel Sail City gemeinsam mit zwei anderen Häusern in Bremerhaven eine Verbundausbildung anstrebe, um den Erfahrungshorizont der Auszubildenden zu erweitern. Begleitet werde diese Verbundausbildung durch eine Supervision.

Ein Vertreter des Schulamtes Bremerhaven ergänzt, dass man mit dem Hotel im Gespräch sei, um ggf. ab dem Jahr 2023 über Erasmus+ Auslandsaufenthalte für die Auszubildenden zu ermöglichen.

Daniela Teppich weist noch einmal auf die rückläufigen Beschäftigungszahlen hin. Vor der Pandemie seien in Bremen ca. 17.000 Personen im Hotel- und Gaststättenbereich beschäftigt gewesen, aktuell nur noch ca. 13.000. Sie erkundigt sich, wie die Ausbildung in der Pandemie sichergestellt worden sei.

Tim Oberdieck schildert, dass die Auszubildenden während der Pandemie überwiegend beschäftigt werden konnten und nur für einen kurzen Zeitraum in Kurzarbeit geschickt werden mussten. Die psychische Belastung sei aber nach wie vor sehr hoch und da versuche man, sich gut aufzustellen. Leider hätten aber in diesem Jahr zwei Auszubildende die Abschlussprüfung nicht erfolgreich absolvieren können. Auf Nachfrage erläutert er, dass es aktuell keine Anfragen von geflüchteten Menschen gebe, die ihre Ausbildung in Deutschland fortsetzen wollten. Im Rahmen der Flüchtlingskrise im Jahr 2015 habe es Versuche gegeben, jungen Geflüchteten eine Chance auf Ausbildung zu geben. Häufig sei dies aber in der Berufsschule aufgrund von Sprachproblemen gescheitert.

TOP 4: Empfehlung BIBB-Hauptausschusses vom 17. November 2020 zur „Anwendung der Standardberufsbildpositionen in der Ausbildungspraxis“

Ein Vertreter der Senatorin für Kinder und Bildung führt in die Thematik ein. Im April 2020 hätten sich die für berufliche Bildung Verantwortlichen – Bund, Kultusministerien der Länder, Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften – darauf geeinigt, dass künftig grundlegende Kompetenzen aus wichtigen übergreifenden Themenbereichen – u.a. Digitalisierung und Nachhaltigkeit – in jedem dualen Ausbildungsberuf vermittelt werden sollten. Hierfür hätten sie sich auf vier neue sog. Standardberufsbildpositionen verständigt. In Standardberufsbildpositionen würden Ausbildungsinhalte geregelt werden, die in allen dualen Ausbildungsberufen identisch seien. Sie würden während der gesamten Ausbildungszeit im Zusammenhang mit fach-/ berufsspezifischen Fertigkeiten, Kenntnissen und Fähigkeiten sowohl im Betrieb als auch in der Berufsschule vermittelt werden und seien Gegenstand der Prüfungen. In Bremen habe man die entsprechenden Pläne der KMK ohne Änderungen übernommen, so dass die Standardberufsbildpositionen bereits in den Rahmenplänen verankert seien. Dabei arbeite man eng mit dem Landesinstitut für Schule zusammen.

Ein Vertreter der Arbeitgeberseite erläutert, dass die Standardberufsbildpositionen in der betrieblichen Ausbildung präsent seien, aber durchaus unterschiedlich ausgeprägt in den einzelnen Betrieben. Es sei vorgegeben, welche Inhalte umzusetzen seien, das „Wie“ sei nicht definiert. Eine Möglichkeit würden sog. Lernprojekte bieten. Bei der Neufassung von Ausbildungsordnungen seien die Standardberufsbildpositionen zwingend zu berücksichtigen.

Auf Nachfrage von Daniela Teppich informiert der Vertreter der Senatorin für Kinder und Bildung, dass die Umsetzung bei den vollschulischen Ausbildungen schon weiter vorangeschritten sei als bei den dualen. Im Fach Politik gebe es beispielsweise bereits berufsübergreifende Abschlussprüfungen.

TOP 5: Stellungnahme zur Schulstandortentwicklung der berufsbildenden Schulen – Ergebnis der Beratung des Unterausschusses 1

Daniela Teppich stellt die vom Unterausschuss 1 „Grundsatzfragen der Berufsbildung“ erarbeitete Stellungnahme zur Schulstandortentwicklung der berufsbildenden Schulen vor.

Eine Vertreterin der Arbeitnehmerseite regt an, künftig bei derart umfangreichen Beteiligungsverfahren zunächst Stellungnahmen der einzelnen berufsbildenden Schulen einzuholen, um ein Stimmungsbild zu erhalten.

Ein Vertreter der Senatorin für Kinder und Bildung schildert, der Planung liege ein Beschluss des Senats zugrunde, der für die Allgemeinbildung eine wohnortnahe Beschulung vorsehe. Die berufsbildenden Schulen hätten daher an einigen Standorten weichen müssen. In erster Linie stehe der pädagogische Prozess im Fokus, um Unterrichtsräume der Zukunft zu schaffen.

Daniela Teppich wirft die Frage auf, wie ein Campus gestaltet werden müsse, damit sich alle dort zurechtfinden könnten.

Der Vertreter der Senatorin für Kinder und Bildung führt aus, dass dies eine zentrale Frage sei, einen großen Standort aufzubauen und gleichzeitig alle mitzunehmen, damit sie sich wohl fühlten. Dies sei aber bislang gut gelungen.

Ein Vertreter der Arbeitgeberseite weist darauf hin, dass für den allgemeinbildenden Schulbereich ein deutlicher Zuwachs an Schüler:innen erwartet werde. Er erkundigt sich nach der Prognose für den berufsbildenden Bereich und ob dies bei der neuen Standortplanung berücksichtigt worden sei.

Der Vertreter der Senatorin für Kinder und Bildung erläutert, dass die zunehmenden Schüler:innenzahlen im allgemeinbildenden Bereich Berücksichtigung gefunden hätten. Gleichwohl gebe es im berufsbildenden Bereich immer Faktoren, die die Prognose erschwerten. So könne z. B. die Zahl der Einpendler:innen oder derjenigen, die nach Verlassen des allgemeinbildenden Systems ein Studium aufnähmen, schwer eingeschätzt werden. Auch die Berücksichtigung der Geflüchteten aus der Ukraine bringe neue Herausforderungen mit sich und wirke sich auf die Planungen aus.

Eine Vertreterin der Arbeitnehmerseite erklärt, dass aus ihrer Sicht nicht erkennbar sei, wie viele Schulen künftig an einem Campus-Standort angesiedelt seien.

Der Vertreter der Senatorin für Kinder und Bildung informiert, alle Standorte würden grundlegend erhalten bleiben, lediglich einzelne Dependancen werde man zusammenfassen.

Die Stellungnahme zur Schulstandortplanung der berufsbildenden Schulen wird einstimmig beschlossen.

TOP 6: Beratung und Beschluss der Neufassung der Geschäftsordnung des LAB

Daniela Teppich führt in die Thematik ein. Sie bittet darum, dass Paragraph 6 Absatz 3 der Geschäftsordnung wie folgt gefasst wird: „Nach Genehmigung der Niederschrift ist diese in Kopie der:dem für Berufsbildung zuständigen Senator:in und der:dem für Arbeit zuständigen Senator:in und deren Staatsrät:innen zur Kenntnis zu geben."

Die Neufassung der Geschäftsordnung wird mit dieser weiteren Änderung einstimmig beschlossen.

TOP 7: Aktuelle Ausbildungssituation und Sachstandsberichte zur Vereinbarung Ausbildung: innovativ sowie zur Umsetzung der Jugendberufsagentur und zur Ausbildungsgarantie

Eine Vertreterin der Agentur für Arbeit Bremen-Bremerhaven berichtet, dass die Statistiken aus April bereits wichtige Hinweise lieferten. Zum Stichtag 30. April 2022 seien in der Stadt Bremen 3.437 Stellen gemeldet gewesen. Dem hätten zum gleichen Stichtag 2.297 gemeldete Bewerber:innen gegenübergestanden. Häufig gelinge es trotzdem nicht, die Stellen zu besetzen. Dies liege manchmal daran, dass das örtliche Angebot nicht zu den Wünschen passe oder die Jugendlichen keinen realistischen Berufswunsch hätten oder Berufe unbekannt seien. Ziel der Beratung der Jugendberufsagentur sei es hier, den Bewerber:innen ihre Chancen aufzuzeigen und in Berufe zu vermitteln, die zu ihrem Profil passten, auch wenn sie zunächst nicht auf der Wunschliste der Jugendlichen gestanden hätten. In der Stadt Bremerhaven zeige sich ein anderes Bild. Hier gebe es mit 1.112 gemeldeten Bewerber:innen zum Stichtag 30. April 2022 deutlich mehr Jugendliche, die eine Ausbildung suchten, als gemeldete Stellen (850). Die Zahlen liegen damit auf dem Niveau der Vorjahre.
Sie informiert weiter, dass am 20. und 21. Mai 2022 der Elterntag stattfinde, zu dem man über 10.000 Schüler:innen und Eltern eingeladen habe. Die Veranstaltung werde erstmals nach der Pandemie wieder in Präsenz im BIZ durchgeführt. Aufgrund der Abstandsregelungen sei die Teilnehmendenzahl auf zwei Personen pro Familie begrenzt und es sei eine Anmeldung erforderlich. Die Resonanz sei bisher gut.

Ein Vertreter der Arbeitgeberseite informiert, dass im Zuständigkeitsbereich der Handwerkskammer die Zahl der gemeldeten Stellen zunehme. Die Besetzung und auch die Ausbildung

der jungen Menschen selbst werde aber schwieriger. Dies habe zur Folge, dass einige Betriebe sich aus der Ausbildung zurückziehen würden, was insbesondere mit Blick auf den Fachkräftemangel ein schlechtes Signal sei.

Eine Vertreterin der Arbeitnehmerseite weist darauf hin, dass immer mehr Jugendliche das Abitur anstrebten. Für einige sei dies aber eine Sackgasse und eine Ausbildung die bessere Alternative. Aus ihrer Sicht müssten die Jugendlichen hier besser orientiert werden.

Ein Vertreter der Senatorin für Kinder und Bildung ergänzt, dass dies ein gesellschaftliches Problem sei. Die duale Ausbildung habe im Vergleich zum Studium einen schlechteren Ruf, obwohl sie vielfältige Aufstiegsmöglichkeiten biete. Durch den Zuzug der Geflüchteten habe sich dies noch mehr verfestigt, weil in anderen Ländern das System der dualen Ausbildung unbekannt sei und daher nur ein Studium als Anschlussperspektive nach Beendigung der Schule gesehen werde.

Im Ergebnis der anschließenden Diskussion wird vereinbart, das Thema „Berufsorientierung“ erneut in der Sitzung im September aufzurufen, an der auch Senatorin Sascha Aulepp teilnehmen werde.

Eine Vertreterin der Arbeitgeberseite schlägt ergänzend vor, jemanden von einer Schule einzuladen, der das Berufswahl-SIEGEL verliehen worden sei. Sie teile gern einen entsprechenden Kontakt mit.

Die Vertreterin der geschäftsführenden Stelle informiert abschließend, dass derzeit an einem sog. Jugendberufsagentur(JBA)-Gesetz gearbeitet werde, das den Datenaustausch im Rahmen der rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit am Übergang von der Schule regeln solle. Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens werde der Gesetzesentwurf auch dem LAB vorgelegt.

TOP 8: Verschiedenes

Berichte aus den Unterausschüssen

Der Unterausschuss 1 „Grundsatzfragen der Berufsbildung“ hat getagt und die Schulstandortentwicklung der berufsbildenden Schulen sowie den Entwurf der Neufassung der Geschäftsordnung beraten. Zu den Ergebnissen wurde unter TOP 5 bzw. TOP 6 berichtet.

Daniela Teppich informiert, dass der Unterausschuss 2 „Schulrechtliche Fragen und Ordnungsmittel“ zeitnah tagen werde, um eine Stellungnahme zum Entwurf der langfristigen Ferienregelung für die Schuljahre 2024/2025 bis 2029/2030 zu formulieren. Die Frist im Rahmen des Beteiligungsverfahrens ende am 8. Juni 2022.

Sachstand zum Thema „Sprachsensible Prüfungen“

Eine Vertreterin der geschäftsführenden Stelle erinnert, dass in der letzten Sitzung zwei Empfehlungen zu sprachsensiblen Prüfungen beschlossen worden seien. Eine richte sich an das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und die andere an die Landesregierung. Das BIBB habe sie in den Hauptausschuss eingeladen, wo sie die Inhalte der Empfehlung vorgestellt habe. Das Interesse an der Thematik sei zwar groß, trotzdem habe sich der Hauptausschuss entschieden, diese zunächst nicht weiter zu verfolgen.

Kurzbericht zur Expertenkommission „Landesausbildungsfonds“

Eine Vertreterin der geschäftsführenden Stelle berichtet, dass Claudia Koring kurzfristig verhindert sei und sie den kurzen Sachstandsbericht übernehme. Zur Möglichkeit der Einführung eines Landeausbildungsfonds sei im Herbst 2021 eine Expertenkommission eingerichtet worden, die am 23. Mai 2022 ihren Bericht an die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa übergeben werde. Die Expertenkommission habe bei ihrer Beratung Standpunkte von Kammern, Sozialpartner:innen, Auszubildenden und Unternehmen einbezogen. Über konkrete Inhalte des Berichtes könne erst nach Übergabe an die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa informiert werden.

Berufsbildungspolitische Parlamentsanfragen und entsprechende Antworten

Hierzu erfolgen keine Wortmeldungen.

Nächster Sitzungstermin

Als Termin für die nächste Sitzung wird der 20. September 2022 (Sitzungsbeginn um 14:30 Uhr) bestätigt. Die Sitzung findet in der Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven (Haus Schütting, Am Markt 13, 28195 Bremen) statt. Für die Sitzung ist die Teilnahme von Senatorin Sascha Aulepp geplant.

Sonstiges

Hierzu erfolgen keine Wortmeldungen.

Landesausschuss für Berufsbildung

der Freien Hansestadt Bremen

gez. Daniela Teppich
(Stellvertretender Vorsitz)

gez. Carmen Runge
(Protokollantin)

Anlage 1: Anwesenheitsliste

Anlage 2: Präsentation ATLANTIC Hotel Sail City